

Studie untersucht Repression gegen DDR-Kriegsdienstverweigerer

epd

24. Sep 2026·2 Minuten Lesezeit

Zeugen Jehovas sind in der DDR neuen Forschungsergebnissen zufolge nach 1964 systematisch wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung verfolgt worden. Während die Wehrdienstverweigerung bei Angehörigen der Großkirchen zunächst geduldet worden sei, habe später eine jahrelange Diskriminierung eingesetzt, sagte der Kirchenhistoriker Christopher Spehr am Mittwochabend im Thüringer Landtag bei der Vorstellung eines Forschungsprojekts zur Diskriminierung von Christen in der DDR.

Das Projekt lief von 2020 bis 2023 am Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Universität Jena. Mithilfe von Archivrecherchen und Zeitzeugeninterviews wurde untersucht, wie das SED-Regime in der DDR gegen Christen vorging, die sich der Militarisierung verweigerten.

Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Januar 1962 sah sich die DDR mit jungen Männern konfrontiert, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen ablehnten. Bis 1970 waren nach Angaben des Forschungsprojekts 1.092 sogenannte Bausoldaten registriert. Mehr als 880 Männer verweigerten den Militärdienst vollständig.

Die Gründe dafür waren unterschiedlich. Bei christlich geprägten Männern spielte das Gebot „Du sollst nicht töten“ eine wichtige Rolle. Andere wurden durch den Verlust von Angehörigen, pazifistische Literatur oder die Auseinandersetzung mit Krieg und Gewalt geprägt.

Die Entscheidung gegen den Militärdienst hatte erhebliche Folgen. Betroffene berichteten von Ausgrenzung, Mobbing und beruflichen Einschränkungen bis hin zu Haftstrafen. Auch von Todesfällen unter Bausoldaten infolge der Arbeitsbedingungen wird berichtet.

[#Christenverfolgung#DDR#Kirchengeschichte#Kriegsdienstverweigerer#SED-Regime#Zeugen Jehovas](#)